

What could possibly go wrong? Bemerkungen zum Brexit

23. Treffen der Stiftung Humboldt-Universität

10. Mai 2019

Gerhard Dannemann

Vielen Dank für die freundliche Einladung und Einführung. Für mich ist das eine große Ehre, wegen des illustren Publikums und des festlichen Anlasses ebenso wie wegen der gewaltigen Fußstapfen, die meine Vorgänger hinterlassen haben. Wie ersprießlich die Angelegenheit für Sie wird, müssen Sie selbst beurteilen.

Dem Thema entsprechend interpretiere ich meinen Auftrag nicht als Tischrede, sondern als Dinner Speech in britischer Tradition. Meine Aufgabe besteht darin, Sie zu unterhalten. Nicht irgendwie, sondern möglichst geistreich. Gleichzeitig muss ich darauf Rücksicht nehmen, dass die meisten von Ihnen schon zweieinhalb Stunden hochgelehrte Vorträge und nicht weniger hochgelehrte Diskussion hinter sich haben und nach eineinhalb Gängen und einem Gläschen Wein beim gemütlichen Teil der Veranstaltung angekommen sind. So muss bei meinem Vortrag genügend Sauerstoff in Ihrem Blut verbleiben, dass es nicht zu Verteilungskämpfen zwischen Hirn und Magen kommt.

Das Thema muss relevant sein, der Vortrag darf aber nicht ernst ausfallen. Da bot sich der Brexit an. Die Satire, dachte ich, schreibt sich von selbst. Auch schienen die Chancen günstig, dass meine Brexit Dinner Speech bei Ihnen besser ankommt als die fatale Brexit Dinner Speech von Premierministerin Theresa May im September 2018 beim Europäischen Rat in Salzburg. Diese Latte liegt beruhigend niedrig.

Zunächst wollte ich meinen Vortrag „Brexit: Tragikomödie der Irrungen“ nennen. In Shakespeares „Komödie der Irrungen“ bietet die drohende Exekution von Aegeon den Spannungsbogen. Die offensichtliche Parallele findet sich im drohenden unkontrollierten Ausscheiden Großbritanniens aus der EU, dem cliff edge Brexit, oft auch als car crash Brexit bezeichnet. Irrungen gibt es zuhauf bei Shakespeare, und beim Brexit weiß man gar nicht, wo man anfangen soll. In beiden Fällen sieht das Publikum auf der Bühne eine groteske Abfolge irrationalen Verhaltens, das aus der beschränkten Perspektive der jeweiligen Akteure aber völlig rational

erscheint. In dieser Tragikomödie befinden wir uns derzeit im entscheidenden dritten Akt. Nur lässt die Katharsis auf sich warten. Anstatt dass Elend und Leid endlich zu Erleuchtung und seelischer Reinigung führen, steckt der Brexit in der Wiederholungsschleife einer täglich grüßenden Murmeltier-Routine fest. Bevor ich Sie aber mit Tragikomödien-Parallelen ermüde, komme ich endlich zum Titel, den ich gewählt habe.

Sie haben es vielleicht schon gemerkt: „What could possibly go wrong?“ ist eine Anspielung auf Murphys Gesetz. Was schief gehen kann, geht schief. Anything that can go wrong, will go wrong.

Hier kann ich eine Brücke schlagen zum Vortrag von Herrn Keil über menschliche Fehlbarkeit und den von ihm angesprochenen kognitiven Verzerrungen. Murphys Gesetz ist in der Wissenschaft nicht anerkannt. Konsequenzen sind nicht deswegen wahrscheinlicher, weil sie unerfreulich sind. Die Wissenschaft schätzt Murphys Gesetz als heuristisches Prinzip zur Fehlervermeidung und wertet es ansonsten als einen Fall kognitiver Verzerrung. Das gilt insbesondere für das häufig genannte Beispiel, dass versehentlich fallengelassene Marmeladenbrötchen grundsätzlich auf der Marmeladenseite landen. Mit wissenschaftlicher Erkenntnis seit Galileis Fallgesetzen ist das nicht zu vereinbaren. Aber hässliche Marmeladenflecken bleiben nicht nur auf dem Perserteppich, sondern auch im Gedächtnis deutlich besser haften als harmlose Brötchenkrümel.

Langjährige Beobachtung hat mich dazu gebracht, zwei Ausnahmen anzuerkennen. Erstens gilt Murphys Gesetz, wenn man Powerpoint und Beamer bei einem Vortrag in ungewohnter Umgebung einsetzt. Da geht im ersten Anlauf grundsätzlich alles schief, was die Palette der Inkompatibilität zwischen Hard- und Software von Computer und Projektor, Datenträger, Kabel und unterschiedlichen Anschlüssen hergibt. Murphys Gesetz ist hier empirisch abgesichert. Zum Glück kommen Dinner Speeches ohne PowerPoint aus.

Die zweite Ausnahme, Sie ahnen es schon, ist der Brexit. Da geht bisher zuverlässig alles schief, was schiefgehen kann. So, what could possibly go wrong?

Eigentlich kann nichts schiefgehen, wenn man europäische Einheit als ein Wirtschaftsprojekt betreibt. Die klaren wirtschaftlichen Vor-

teile führen zuverlässig dazu, dass auch Eurokritiker zähneknirschend Brüsseler Ungemach hinnehmen. So kann man mühelos eine eurokritische Grundhaltung kultivieren, in der selbst Europhile schließlich alles Gute an Europa auf die wirtschaftlichen Vorteile reduzieren und mit Kritik an europäischen Institutionen verbinden, um glaubwürdiger zu erscheinen. Das hat in Großbritannien ein paar Jahrzehnte lang gut funktioniert. Und da konnte nichts schiefgehen, denn wir können uns auf die pragmatischen Briten verlassen, die letztlich immer nach ihrem Portemonnaie abstimmen werden. Bis sie das irgendwann nicht mehr tun. Und eine Generation von Rentnern, die sonst zuverlässig alle wirtschaftlichen Experimente aus starkem Eigeninteresse ablehnen, zu zwei Dritteln für den Brexit stimmen. Was schiefgehen kann, geht schief.

Ein bisschen Wagemut ist gefordert, wenn man als Vorsitzender der Tory-Partei und Premierminister eine lautstarke Handvoll von Europhoben, die jahrzehntelang für Unruhe in der Partei gesorgt haben, ein für alle Mal zum Schweigen bringen will. Da lag es nahe für David Cameron, seinen Hinterbänklern 2013 ein Referendum über den Verbleib in der EU für 2017 zu versprechen. Das Risiko war denkbar gering. Alle Umfragen sagten voraus, dass die Tories nach den nächsten Unterhauswahlen 2015 wieder einen Koalitionspartner benötigen würden, an dem leider, leider dieses Versprechen scheitern würde. Und rein sicherheitshalber konnte man sich darauf verlassen, dass die pragmatischen Briten ... ja, das hatten wir schon. Die Tories gewannen 2015 die absolute Mehrheit, das Referendum ging aus wie bekannt. Was schief gehen kann, geht schief.

Offenbar hatten auch viele unter den britischen Euroskeptikern nicht damit gerechnet, das Referendum zu gewinnen. Ihr Ziel war eher, ganz knapp zu verlieren und sich damit für die nächsten Wahlen – sei es des Tory-Parteivorsitzenden, sei es zum Unterhaus – möglichst gut zu positionieren. Da ist es richtig dumm gelaufen, wenn man das Referendum gewinnt und dann am nächsten Tag erklären soll, wie es nun weitergeht. Der Vorsitzende der UK Independence Party, Nigel Farage, tritt umgehend zurück, die führenden Brexiter-Köpfe unter den Tories, Boris Johnson und Michael Gove, erledigen sich gegenseitig. Richtig traurig scheint darüber keiner zu sein, auch nicht die beiden. Und auch David Cameron demissioniert sofort und lässt den Scherbenhaufen zurück.

Denn er hatte keinen Plan B für den Fall, dass sein Plan A schiefeht. Wo war noch der Plan für den Brexit?

Wenn keiner einen Plan hat, hilft, wie so oft, britischer Humor, genauer: die Kult-Comedy-Serie „Blackadder“, in der ständig jemand einen „cunning plan“ hat, also einen ganz durchtriebenen und abgefeimten Plan. Der beste davon lautet: „Our cunning plan is not to have a plan.“ Man treibt den Gegner mit planlosem Verhalten zur Verzweiflung. Ich nenne es die Igel-Strategie: Man rollt sich zu einem Ball zusammen, gibt möglichst wenig zu erkennen und präsentiert der feindlichen Außenwelt ein stacheliges Äußeres. Oder, wie es Ivan Rogers, der aus nackter Verzweiflung zurückgetretene britische Botschafter bei der EU ausdrückte, „no plan and little planning, oodles of tutorial-level plausible bullshit [and] supreme self-confidence that we understand others' real interests better than they do“.

Der fehlende Plan wird zum Programm. Insbesondere für die neue Premierministerin Theresa May, die vor dem Referendum für den Verbleib geworben und sich nach dem Referendum als flügelversöhnende Kandidatin angeboten hatte, dem Willen der Mehrheit entsprechend den Austritt Großbritanniens aus der EU durchzuführen. Die Leerformel „Brexit means Brexit“ erspart schmerzhaft Entscheidungen, die viele Leute vergraulen würden. So lautet der „cunning plan“, alle Versprechen aus dem Wahlkampf zu wiederholen: keine Bindung an EU-Recht, keine Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs, keine größeren Zahlungen an die EU, eine eigenständige Handelspolitik und genauso reibungsloser Handel mit der EU wie bisher. Das scheint nur schwierig, wenn man weiß, dass der reibungslose Handel innerhalb der EU auf der einheitlichen und für alle verbindlichen Regulierung durch die EU und die weitere Absicherung durch eine Zollunion beruht. Blanke Unkenntnis schützt vor Zweifeln.

Ideal ist deshalb die Auswahl der drei Brexiter-Minister, die den Ausstieg bewirken sollen: der Polit-Clown Boris Johnson als Außenminister, Zitat: „Getting out of the EU can be quick and easy – the UK holds most of the cards in any negotiation“, der mäßig talentierte Liam Fox als Minister für Internationalen Handel, dem zufolge das Freihandelsabkommen mit der EU, Zitat: „should be one

of the easiest in human history“, und dann noch David Davis als Brexit-Minister, Zitat: „There will be no downside to Brexit, only a considerable upside.“ Davis war noch im Mai 2016 mit dem Vorschlag aufgefallen, direkt nach dem Referendum separate Handelsverträge mit Deutschland, Frankreich und anderen EU-Mitgliedstaaten abzuschließen und sie so gegeneinander auszuspielen. Ihm war schlicht nicht bekannt, dass EU-Mitgliedstaaten keine Handelsverträge abschließen können, weil die EU das für sie erledigt. Gut, das war immerhin ein Plan, aber ein nicht funktionierender und so im Ergebnis auch ein fehlender Plan.

Was kann noch schiefgehen, wenn man ohne Plan und ohne Sachkenntnis der EU den Ausstieg beschließt? Nun ja, noch ein paar weitere Kleinigkeiten. So muss die britische Regierung offenbar im Februar 2017 entdecken, dass zur EU auch EURATOM gehört, die Institution, die aufgrund gemeinsamer Regelungen EU-weit für die Versorgung von Atomkraftwerken mit Brennstoff, deren Entsorgung und für die Reaktorsicherheit zuständig ist. Ja, da muss man wohl auch aussteigen. Und diese paar Aufgaben auch so irgendwie hinkriegen. Oder dass Großbritannien mit seiner starken Pharmaindustrie nach dem Ausstieg ohne eine Behörde dastehen würde, die neue Medikamente zulassen könnte. Das hätte man wissen können, denn diese EU-Behörde saß in London, seit diesem März ist sie in Amsterdam. Oder dass Großbritannien nicht mehr über den Europäischen Forschungsrat wissenschaftlich mit anderen EU-Staaten würde kooperieren können. Oder dass in Großbritannien produzierte Autos oder Flugzeugteile künftig nicht mehr ohne eine weitere Zulassung in die EU verkauft werden dürften. Oder dass Großbritannien beim Satelliten-Projekt Galileo ohne EU-Mitgliedschaft nicht mehr mitspielen darf. Dominic Raab, mittlerweile ebenfalls zurückgetretener Nachfolger von Davis als Brexit-Minister, musste irgendwann zu seiner Überraschung feststellen, dass ein großer Teil von Großbritanniens Handel mit der EU und insbesondere Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin durch das Nadelöhr von Dover nach Calais läuft und schon durch schlichte Zollkontrollen gefährdet wird.

Kann sonst noch etwas schiefgehen, wenn man Maximalforderungen präsentiert, die nicht miteinander vereinbar sind? Nun, die von Theresa May schon auf dem Tory-Parteitag 2016 präsentierten „red

lines“ verfestigten sich in der Wartezeit. Ein Verbleib in der Zollunion, den so gut wie jeder Brexiter vor dem Referendum gerne unterschrieben hätte, muss so der Illusion weichen, der im globalen Handel respektabel zweitrangige Player Großbritannien könnte günstigere Handelsbedingungen aushandeln als die weitaus größere EU. Und irgendwelche Kompromisse bei der teilweisen Fortgeltung von EU-Recht sind heute nicht mehr vermittelbar. Das Norwegen-Modell, das dem Erz-Brexiter Nigel Farage vor dem Referendum noch recht passabel schien und das für einen Verbleib im Europäischen Wirtschaftsraum steht, gilt Brexitem jetzt als Landesverrat. Auch hier geht schief, was schiefgehen kann.

Kann etwa auch der Rest der britischen Verhandlungsstrategie schiefgehen? „They need us more than we need them“, tönten die Brexiter unisono. Deutsche wollen ihre Autos, Franzosen ihren Käse, Italiener ihren Prosecco so dringend loswerden, dass sie sicherlich einknicken und Großbritannien volle Binnenmarktteilnahme ohne Bindung an Binnenmarktregeln anbieten würden. Weshalb man auch bis heute keinen Plan B braucht, für den Fall, dass die EU doch nicht als erste blinzelt, mutmaßlich wenige Sekunden vor einem harten Ausscheiden. Nur dass eben Großbritannien fast die Hälfte seines Außenhandels mit anderen EU-Ländern hat, die EU der 27 aber unter 10% mit Großbritannien und deshalb deutlich weniger Grund zum Einknicken.

Konnte die nächste Taktik schiefgehen, nämlich die 27 EU-Länder gegeneinander auszuspielen? Das klang zunächst verheißungsvoll, überstand aber auch nicht den Realitätstest. Erstaunlicherweise bewiesen diese 27 Mitgliedsländer deutlich mehr Einigkeit als die 23 Mitglieder des britischen Kabinetts, die so zerstritten sind, dass sie sich bestenfalls millimeterweise vorwärtsbewegen, pardon: in Einheiten von 1/32 Zoll, also etwa 0,8 Millimetern.

Bewährt war auch die Strategie der „bargaining chips“, also insbesondere die 3,2 Millionen in Großbritannien lebenden sonstigen EU-Staatsangehörigen als Faustpfand zu verwenden, um ein Entgegenkommen an anderen Punkten zu sichern. Natürlich etwas zum Nachteil von über einer Million Briten, die in den 27 anderen Ländern leben und deren Schicksal man damit ebenfalls aufs Spiel setzte. Aber sonst konnte da sicher nichts schiefgehen. Bewährt war auch, aus

Theresa Mays Zeit als Innenministerin, die Strategie eines „hostile environment“, der feindlichen Umgebung für missliebige Ausländer. Da liegt es doch nahe, beides zu kombinieren und verbleibewillige EU-Staatsangehörige einen 85-seitigen Antrag ausfüllen zu lassen, beim kleinsten Fehler oder minimaler Auslassung den Antrag ohne Möglichkeit der Nachbesserung abzulehnen und sie gleichzeitig zur sofortigen Ausreise aufzufordern. Natürlich schon bevor Großbritannien die EU verlässt, also während sie noch volle Freizügigkeitsrechte haben. Nur irgendwie komisch, dass gleichzeitig bei der Rekrutierung von dringend benötigten Krankenpflegern der EU-Anteil in zwei Jahren auf die Hälfte abstürzt, während die Abgänge von EU-Personal um 50% zunehmen. Da muss irgendetwas schiefgegangen sein. Zumal doch der EU-Austritt nach den Versprechen der Brexiter die Gesundheitsversorgung deutlich verbessern sollte.

Gar nicht komisch ist, was in Nordirland schiefgeht. Aber wer konnte das schon kommen sehen? Nun, beispielsweise jeder, der willens war, den beiden Ex-Premierministern John Major und Tony Blair zuzuhören. Die reisten noch vor dem Referendum gemeinsam nach Nordirland. Dort machten sie auf die große Gefahr aufmerksam, die ein Brexit für den mühevoll mit dem Karfreitagsabkommen gesicherten, aber fragilen Frieden zwischen Republikanern und Unionisten bedeuten würde. Aus Brexiter-Seite stellt sich das natürlich ganz anders dar. Das Nordirland-Problem wurde erst nach dem Referendum von den Iren und der EU vorgeschoben, um erstens den Brexit zu hintertreiben und zweitens Irland Zugriff auf Nordirland zu ermöglichen.

Eigentlich hätte in Nordirland auch nichts schiefgehen können. Man hatte doch extra drei Dinge versprochen. Erstens, dass es zwischen Irland und Nordirland zu keinerlei merklichen Grenzkontrollen kommen würde. Zweitens, dass es auch zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens keine Kontrollen oder unterschiedliche Regelungen geben dürfte. Und drittens, dass Großbritannien aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und auch aus der Zollunion aussteigt. Wodurch unterschiedliche Regelungsräume entstehen und Grenzkontrollen notwendig werden. Zwei beliebige dieser drei Versprechen kann man einlösen, alle drei aber nicht. Und daran scheitert bisher auch zuverlässig jede Einigung auf eine praktikable

Lösung, sei es innerhalb der britischen Regierung, innerhalb der Tory-Partei oder derzeit zwischen Tories und Labour.

Zur Häme auf deutscher oder europäischer Seite ist kein Anlass. Denn obwohl die EU deutlich geschickter verhandelt hat – gut, wieder eine Latte, die sehr niedrig lag – ist weder das, was sich jetzt dem Betrachter bietet, noch das, was noch vor uns liegen könnte, im Sinne Deutschlands oder der EU. Ein cliff edge Brexit würde allen ebenso schaden wie eine weitere lange Periode der Ungewissheit, und erst recht eine Eskalation der Gewalt in Nordirland. Man kann als beteiligter Beobachter nur an den guten Willen auf allen Seiten appellieren, sich zu einer ideologiearmen, aber dafür praktikablen Lösung durchzuringen, die Großbritannien und die EU vor weiterem Schaden bewahrt, den Frieden in Nordirland und eine freundschaftliche Kooperation zwischen Großbritannien und der EU dauerhaft sichert.

Ist bisher wirklich alles schiefgegangen? Nein. Every cloud has a silver lining, jedes Unglück hat auch sein Gutes. Der von manchen Brexitemern angestrebte Domino-Effekt, der zum Kollaps der EU führen sollte, ist nicht eingetreten. So richtig attraktiv scheint das britische Beispiel nicht zu sein. Unter der Bevölkerung der 27 bleibenden Mitgliedstaaten ist ganz im Gegenteil das Verständnis für die europäischen Institutionen gewachsen, ihr Rückhalt hat sich Umfragen zufolge verstärkt, sogar viele Rechtsaußen-Parteien scheuen mittlerweile vor Austrittsforderungen zurück. Auch ist Großbritannien nicht in einem Meer von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit versunken, auch wenn der Referendums-Wahlkampf und eine Welle von verbalen bis gewalttätigen Ausfälligkeiten gegen Ausländer direkt nach dem Referendum das hätten befürchten lassen können. Die Meinungsforscher von YouGov haben kürzlich zusammen mit der Universität Cambridge die Einstellungen der Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten zur Globalisierung erhoben und dabei gefragt, ob die Vorteile oder die Nachteile von Einwanderung überwiegen. Dabei fielen Italien sowie traditionell liberale Staaten wie Schweden und Dänemark als besonders einwanderungskritisch auf. Deutschland ist im Mittelfeld zu verorten. Am wenigsten einwanderungskritisch waren ... die Briten. Hier dürfte die jahrelange Brexit-Diskussion bei manchen zur Erkenntnis geführt haben, dass die Freizügigkeit doch gewisse

Vorteile für alle hat. Und damit erreiche ich nach den unumgänglichen Spitzen den besinnlich-versöhnlichen Schlusspunkt einer Dinner Speech. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.